

Simonis, Udo E.

Book Part — Digitized Version

Vorwort

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1983) : Vorwort, In: Udo E. Simonis, Heinz Ahrens (Ed.): Ordnungspolitische Fragen zum Nord-Süd-Konflikt, ISBN 3-428-05277-3, Duncker & Humblot, Berlin, pp. 7-16

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112038>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Vorwort

Die derzeitige Ordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen hat keine Zukunft — die derzeitigen Forderungen zur Änderung dieser Ordnung werden sich dennoch kaum oder nur schwer realisieren lassen! Dies etwa ist das Fazit einer Tagung des Ausschusses Entwicklungsländer der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik), die vom 27. bis 28. November 1981 in München stattfand und deren Diskussionsergebnisse im vorliegenden Band abgedruckt sind.

Nach etwa zehn Jahren des Nord-Süd-Dialogs und des Redens um eine neue Weltwirtschaftsordnung steht man immer noch am Anfang des Tuns. Und das hat seine Gründe. Wirtschaftsordnungen, so sagte Walter Eucken, sind zweierlei Ursprungs, sie sind „gewachsen“ oder „gesetzt“. Unter gesetzter Ordnung ist eine solche zu verstehen, die insgesamt oder in wesentlichen Elementen durch eine rechtmäßige Legislative institutionalisiert worden ist. Wirtschaftsordnungen, die dagegen nur von einzelnen oder von bestimmten Gruppen von Wirtschaftssubjekten, nicht aber von ihrer Gesamtheit und nach Maßgabe ihrer Verfassung (Abstimmungsmodus) etabliert werden, können nicht als gesetzte Ordnungen gelten.

Neue Ordnungen entstehen also aufgrund eines längeren Evolutionsprozesses, oder sie müssen konsenshaft von einer Gesamtheit von Entscheidungsträgern (rechtmäßige Legislative) bestimmt werden. Auf ersteres zu warten macht viele ungeduldig, besonders wenn sie dem Motto, daß der „Fortschritt eine Schnecke“ sei, nicht oder nicht mehr vertrauen. Das zweite erfordert ein hohes Maß an Institutionalisierung oder freiwilliger Gemeinsamkeit, die zu erarbeiten viele als eher unwahrscheinlich ansehen — Resignation oder Revolution können die Folge sein.

Trotz zu erwartender Meinungsverschiedenheiten, die aus unterschiedlicher theoretischer Konzeption und empirischer Perzeption entstehen, hatte sich der Ausschuß Entwicklungsländer entschlossen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern aus der ordnungspolitischen Perspektive zu thematisieren. Mit sechs Referaten und acht direkten bzw. weiter spezifizierenden Korreferaten sollte der Nord-Süd-Konflikt ordnungspolitisch aufge-

griffen und ausdiskutiert werden. In einem der Referate zur Tagung heißt es: „In der Diskussion um die Verbesserung der Lage in Entwicklungsländern droht das ordnungspolitische Denken gegenüber dem kurzfristigen Interesse an Einzelmaßnahmen vernachlässigt zu werden...“ In einem anderen Referat heißt es dagegen: „Über die Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems in Entwicklungsländern wird heute kontroverser denn je diskutiert... Die Kluft zwischen den verschiedenen Positionen ist durch die Diskussion über eine Neue Weltwirtschaftsordnung noch größer geworden...“ Niedergang also oder Renaissance ordnungspolitischer Fragen am Beispiel der Nord-Süd-Beziehungen?

Die Antwort hierauf möchte und muß ich dem Leser überlassen. Immerhin, der Begriff „Wirtschaftsordnung“ ist zu einem allgemeinen Denkansatz auch außerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin geworden — selbst wenn der deutsche Begriff „Ordnungspolitik“ nach wie vor als eher unübersetzbar erscheint. Die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist in ihrer Allgemeinheit vielen bekannt und auch von manchen akzeptiert — in ihrer Konkretisierung dagegen nur wenigen vertraut oder von vielen tabuisiert. Eine Tagung, die „Ordnungspolitische Fragen zum Nord-Süd-Konflikt“ stellen und beantworten will, mußte sich dieser Problematik bewußt sein. Deshalb waren sowohl theoretische Reflektion als auch empirische Evaluation gefordert.

An der Tagung haben deutsche und ausländische Ökonomen teilgenommen. Sie hat gezeigt, daß trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Erfahrungen eine fruchtbare ordnungspolitische Diskussion möglich ist, wenn Begriffe und Konzepte mit konkreten Inhalten versehen werden.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes sollen dem Leser die Bedeutung ordnungstheoretischer Denkkategorien aufzeigen und dazu beitragen, den Nord-Süd-Konflikt stärker als bisher als ordnungspolitisches Problem zu begreifen. Auf diese Weise wird auch deutlich, warum der bisherige Nord-Süd-Dialog so häufig ins Stocken geraten mußte und bisher zu keinen nennenswerten konkreten Ergebnissen geführt hat.

Diskussionen und entsprechende Lernprozesse setzen begriffliche Klärungen voraus. Der Band beginnt daher mit einem Beitrag, der die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung theoretisch beleuchtet. Die alte, die derzeitige Ordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen ist eher als Fragment einer Wirtschaftsordnung zu bezeichnen, das keinen großen Anreiz zu ordnungstheoretischer Interpretation bot. Dies sollte sich ändern. Denn mit dem Nord-Süd-Dialog sind politische Postulate erhoben worden, die sehr wohl einer ordnungstheore-

tischen Behandlung bedürfen und auch zugänglich sind. *Hans-Gert Braun* liefert hierzu einen klärenden Beitrag, in dem er zugleich die eingengte Dualität des Denkens — Marktwirtschaft hier, Zentralverwaltungswirtschaft dort — kritisiert und für eine neue pluralistische Ordnungstheorie (und damit auch Ordnungspolitik) plädiert. Was die Theorie angeht, so lägen inzwischen höchst interessante Differenzierungen vor, die nun ihren Niederschlag in der politischen Diskussion finden müßten. Was jedoch die konkreten Möglichkeiten der Entwicklungsländer angeht, die alte Weltwirtschaftsordnung zu ihren Gunsten in eine neue Weltwirtschaftsordnung zu transformieren, so vergleicht Braun — wenn auch nur in einer Fußnote, aber dennoch symbolträchtig — die Macht, mit der die Entwicklungsländer Forderungen gegenüber Industrieländern stellen mit der Macht eines Fußgängers, der die Straße überquert und dadurch den Autofahrer zu Brems- und Ausweichmanövern veranlaßt. Man soll die Symbolik nicht zu weit treiben: doch viele Fußgänger könnten die Straße auch blockieren und die Autofahrer zum Halten bringen.

Braun unterstreicht die Forderungen nach wirtschaftlicher Souveränität der Entwicklungsländer und ihrer stärkeren Mitwirkung in internationalen Organisationen. Er plädiert für Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer und für die Öffnung der Märkte der Industrieländer. Dem integrierten Rohstoffprogramm mißt er große Bedeutung bei, während er anderen Forderungen aus theoretischer Sicht und im Hinblick auf ihre praktische Umsetzung eher skeptisch gegenübersteht.

Christian Uhlig unterstützt und erweitert in seinem Korreferat den pluralistischen ordnungstheoretischen Ansatz. Komplementär zur Markt-Koordination plädiert er für das Ordnungsprinzip der „Verhandlungskoordination auf der Basis eines Systems des organisierten Interessenausgleichs“, das auch die Möglichkeit einer sinnvollen theoretischen Einordnung und politischen Beurteilung der Positionen der Entwicklungsländer eröffne. Die neue Weltwirtschaftsordnung müsse durchaus kein „Weg in die Knechtschaft“ sein. Es gelte allerdings im beiderseitigen Interesse von Entwicklungsländern und Industrieländern, eine international orientierte Politik der indikativen Strukturanpassung zu betreiben. Uhlig sagt, daß Verhandlungslösungen zur Ergänzung, nicht Verdrängung der marktmäßig gesteuerten Anpassungsprozesse in Zukunft auch in den Industrieländern eher drängender geboten seien. Wird das gemeinsame Interesse, wird dieses Gebot auch gemeinsam erkannt und praktisch umgesetzt, gibt es einen Verhandlungsrahmen, der von gemeinsam akzeptierten Zielen geprägt ist?

Jörn Altmann versucht, diese Fragen in bezug auf die Beziehungen der Entwicklungsländer untereinander zu beantworten. Unter den

Stichworten Integration und Kooperation analysiert er die bisherigen konkreten Erfahrungen regionaler Zusammenarbeit von Entwicklungsländern. Solange die Voraussetzung weitgehend homogener Wirtschaftsstrukturen und ordnungspolitischer Prinzipien zwischen potentiellen Integrationspartnern nicht gegeben ist, sondern asymmetrische Beziehungen zwischen Entwicklungsländern — und nicht nur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern — vorliegen, werden sich nach Auffassung von Altmann Integrationserfolge nur in Teilbereichen realisieren lassen. Dies bedeute aber nicht, daß auch ordnungspolitischer Pluralismus ein Potential der intensiven Kooperation der Entwicklungsländer untereinander bieten kann.

Kritiker der Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung haben vorgebracht, daß diese Forderungen weder neu, noch international, noch wirtschaftlich seien und auch nicht eine Ordnung darstellten: Sie seien nicht neu, weil alle Vorschläge bereits früher gemacht wurden. Sie seien nicht international, weil viel von nationaler Selbstverantwortung und von Abkoppelung gesprochen wird. Sie seien nicht ökonomisch, weil von politischen Machtverhältnissen die Rede ist. Schließlich ginge es nicht um eine Ordnung, weil die Forderungen eher die Konfrontation begünstigen, die Prinzipien einer liberalen Marktwirtschaft überwinden und Bürokratisierung bedeuten würden. *Paul P. Streeten* greift diese Kritik auf und weist sie zugleich zurück. Sein Beitrag gilt der Suche nach konstruktiven Antworten auf die Fragen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Er konstatiert zunächst eine „institutionelle Lücke“. Die alte Weltwirtschaftsordnung basiere auf den Prinzipien von Dominanz und Dependenz. Die neue Weltwirtschaftsordnung aber müsse eine solche zwischen gleichen Partnern und dem Prinzip der Interdependenz verpflichtet sein. Die politisch vielfach beklagte Bewegung hin zu einer multipolaren Welt könnte in diesem Sinne sehr wohl Voraussetzung sein für eine Wirtschaftsordnung mit gleichen Partnern.

Streeten analysiert die Ursachen und die Art der Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und interpretiert sie aus ökonomischer Sicht. Die Forderungen werden extrem unterschiedlich interpretiert: „The New International Economic Order means different things to different people.“ Konstruktive Antworten sind nach Streeten in vier Bereichen zu erwarten: Ausloten der Möglichkeiten einer stärkeren nationalen Selbstverantwortung und der gemeinsamen Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer; Entdecken der gemeinsamen Interessen zwischen Nord und Süd; Entwicklung von Regeln, Verfahren und Institutionen, die Konfrontation und Konflikt verhindern. Gegenüber diesen Beispielen möglicher „Positivsummen-Spiele“ zählt es nach Meinung von Streeten zu den besonderen politischen Aufgaben, „Negativ-

summen-Spiele“ zu vermeiden und „Nullsummen-Spiele“ zu identifizieren. In der Anwendung dieser Denkkategorien auf die Nord-Süd-Beziehungen liegt der besondere Wert dieses Beitrags.

Lutz Hoffmann greift in seinem Korreferat die Grundgedanken von Streeten auf und stellt sie seinerseits zur Kritik. Der Begriff „neue internationale Wirtschaftsordnung“ suggeriere, daß es bislang eine internationale Wirtschaftsordnung gegeben habe, die es zu reformieren oder zu ändern gelte. Tatsache sei jedoch, daß es eine nach demokratischen Spielregeln gesetzte Ordnung nie gegeben habe. Das Problem bestünde heute darin, eine Ordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen aufzustellen, für die es keine Vorbilder, infolgedessen kaum Erfahrungen und noch nicht einmal übereinstimmend vereinbarte Ziele gäbe. Moralische Prinzipien allein könnten nicht ordnungsbestimmend sein. Hoffmann fordert eine intensive Diskussion der Frage, warum neu geordnet werden muß, was die Ziele einer neuen Ordnung sein sollten, was geordnet werden kann und was man im Rahmen des Möglichen ordnen sollte — und er gibt selbst beispielhafte Antworten auf diese Fragen.

Reinhard Blum geht der Frage nach, ob und unter welchen Bedingungen die in der Bundesrepublik Deutschland etablierte Wirtschaftsordnung als „Entwicklungsstrategie“ in der Dritten Welt genutzt werden könne. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft entspricht einer Grundeinstellung in vielen Entwicklungsländern in dem Sinne, daß sie einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus suchen. Blum vertritt die Auffassung, daß sich die ökonomische und soziale Wirklichkeit der Entwicklungsländer mit der traditionellen Entscheidungslogik von Markt- oder Planrationalität nicht allein erklären lasse: „Es wundert nicht, wenn Markt- und Planrationalität national und international das politische Denken in feindliche Alternativen spalten.“ Blum empfiehlt, die Problematik der Entwicklungsländer — die heutige „soziale Frage der Welt“ — als komplizierte weltwirtschaftliche Organisationsaufgabe zu sehen, bei der unterschiedlichen Zielen und Bedürfnissen gerecht zu werden sei — und dies hieße Abschied zu nehmen von einer Denk-Mechanik, die die Welt in ein Korsett sich ausschließender Kategorien und Konzepte zwingt.

Hans-Rimbert Hemmer unterzieht das Referat von Blum einer kritischen Betrachtung, nicht ohne Reverenz zu erweisen für die pointierte Argumentation in bezug auf Idee und Realisierung dieses „entwicklungspolitischen Stilgedankens“. Ein Teil der Gegenkritik zielt auf die seines Erachtens unterlassene Unterscheidung zwischen ordnungspolitischen Idealtypen und Realtypen — und die implizite Tendenz, die Schwächen der letzteren mit Konstruktionsfehlern bei ersteren er-

klären zu wollen. Ist „soziale Marktwirtschaft“ also doch weltweit als Entwicklungsstrategie anwendbar?

Göran Ohlin widmet sich in einer besonderen Weise den Folgen geistiger Denkprozesse: Warum werden ordnungspolitische Konzepte nicht implementiert? Seine Erfahrungen als Generalsekretär der „Nord-Süd-Kommission“ haben ihm die speziellen Schwächen des internationalen Verhandlungssystems aufgezeigt. Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Änderung der derzeitigen Weltwirtschaftsordnung sind Ohlin zufolge keineswegs revolutionär, deren schlechte Funktionsergebnisse aber seien mannigfach bewiesen. Dennoch hätten die Nord-Süd-Verhandlungen eigentlich zu nichts geführt. Er stellt diese Behauptung in einen geschichtlichen Zusammenhang: „Es bedurfte zweier oder dreier Jahre, die Vereinbarungen von Bretton Woods nach dem zweiten Weltkrieg zu treffen . . . Der Nord-Süd-Dialog aber erinnert an die langwierigen Konferenzen der 20er und 30er Jahre, die nichts bewirkten.“ Die Zahl der Dialogteilnehmer allein könne nicht Ursache dieser Misere sein; der Fehler sei nicht so sehr in den divergierenden objektiven Interessen zwischen Nord und Süd zu suchen als im Mangel des Erkennens der gemeinsamen langfristigen Interessen. Die wichtigste Hürde für erfolgreiche internationale Verhandlungen liege im Vorbehalt nationaler Regierungen und in deren gegenseitigem Mißtrauen, im Mangel an „erleuchteter Generosität“. Der Tenor der „Nord-Süd-Kommission“ klingt hier neu an.

Michael Bohnet teilt die Skepsis von Göran Ohlin nicht. Er zeigt daher zunächst einmal die positiven Posten der „Leistungsbilanz des Nord-Süd-Dialogs“ auf. Sein besonderes Interesse gilt aber der aktiven Reform des Verhandlungssystems, die er besonders in der Weiterentwicklung des UN-Gruppensystems und der Regionalisierung des globalen Nord-Süd-Dialogs konkretisiert sehen möchte: Einvernehmlich vereinbarte Regeln, über deren nationale Anwendung eine internationale Instanz wacht, einerseits, und Verhandlungen zwischen einem Teil des Nordens und einem Teil des Südens andererseits, in der Hoffnung, zwischen diesen Regionen die Zusammenarbeit enger und interessengerechter gestalten zu können als dies auf weltweiter Ebene möglich ist. Eine solche Vorgehensweise aber sollte nach Bohnet den Nord-Süd-Dialog als Ganzes nicht ersetzen: „Zum Universalitätsprinzip gibt es keine Alternative, lediglich Ergänzungen.“

Die Mehrzahl der Entwicklungsländer beklagt den zunehmenden Protektionismus der alten Industrieländer, was ihnen den Zugang zu deren Märkten erschwert oder unmöglich macht. Dieselben Länder sind aber zugleich an Vorschlägen zur Liberalisierung des Welthandels (z. B. an der klassischen Handelsordnung des GATT) nicht oder nur wenig inter-

essiert. *Heiko Körner* analysiert diese Art des neuen Protektionismus, erläutert das Interesse der Entwicklungsländer an Handelsrestriktionen und beschreibt die sich vertiefende Kluft zwischen jungen Anbieterländern und Schwellenländern. Sein ordnungspolitisches Fazit in bezug auf die Handelsbeziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern lautet: „Es muß darauf ankommen, die bestehende Welthandelsordnung dahingehend zu verändern, daß begründete Ausnahmen von Grundprinzipien des Freihandels zwar erlaubt, aber an strenge, generelle Verfahrensregeln gebunden werden.“ Solche Regeln sollten die Bestimmung von Kriterien für zahlungsbilanzbedingte Importrestriktionen und Exportförderungsmaßnahmen umfassen und Art, Umfang und Zeitspanne des Einsatzes solcher Instrumente fixieren. Körner endet mit einem Appell an die Industrieländer: An ihnen liege es, ob sie die in vielen Entwicklungsländern vorhandene Neigung zu Handelsbeschränkungen ausnutzten ihren eigenen Protektionismus zu rechtfertigen, oder ob sie durch ihr Vorbild diese Neigung dämpften.

Um den Protektionismus der entwickelten Länder und um den Widerstand zum Vorbildhaften geht es in einem spezifizierenden Korreferat von *Heinz Ahrens*. Auf Basis eines eigenen theoretischen Ansatzes untersucht er detailliert die Auswirkungen des Agrarprotektionismus der Europäischen Gemeinschaft auf die Exporte der Entwicklungsländer in den 70er Jahren. Das wichtigste Protektionsinstrument der EG, das Abschöpfungs-system, führt bei zunehmender Diskrepanz zwischen dem angestrebten Binnenpreisniveau und dem Niveau der Weltmarktpreise automatisch zu einer Verschärfung des Außenschutzes und damit zu relativer Diskriminierung der Exporte der Dritten Welt. Gleichzeitig führt dies zu einer Zunahme der europäischen Selbstversorgung, die wiederum — wegen der notwendig werdenden Lagerung bzw. Vernichtung der entstehenden Überschüsse — auch noch zu einer Belastung des heimischen Steuerzahlers beiträgt. Dies ist eine ordnungspolitische Regelung, die eigentlich veraltet ist, aber dennoch weiter überlebt. Während der neue Protektionismus im Industriegüterbereich den Industrieländern zum Abwälzen der Lasten der Strukturanpassung an veränderte weltwirtschaftliche Wettbewerbsbedingungen dient, werden durch verschärfte Agrarprotektionismus die Lasten der Anpassung an binnenwirtschaftliche Strukturveränderungen primär auf die Drittländer, und hier vor allem die Entwicklungsländer, abgewälzt.

Ronald Clapham plädiert in seinem Beitrag für eine marktwirtschaftliche Entwicklungskonzeption in der Dritten Welt. Er bescheinigt den Vorschlägen zur Überwindung der Armut in Entwicklungsländern ein Übergewicht an kurzfristigen wirtschafts- und sozialpolitischen Einzelmaßnahmen und ein Defizit an mittel- und langfristig ausgerichteten

ordnungspolitischen Entscheidungen. Clapham kritisiert die interventio-nistische Politik der direkten Armutsbekämpfung mit dem Argument, sie vernachlässige immaterielle soziale Ziele; sie sei nicht fähig, die ärmsten Bevölkerungsschichten wirklich zur bevorzugten Zielgruppe werden zu lassen, und sie basiere auf zu geringen Kenntnissen über die Randbedingungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Er macht dann den Versuch, positive Beispiele marktwirtschaftlicher Politik von negativen Beispielen sozialistischer Politik in Entwicklungsländern empirisch abzugrenzen. Angesichts der Schwächen der empirischen Datenlage für eine solche Evaluation (Rückgriff auf lediglich materielle Produktions-, Beschäftigungs- und Verteilungseffekte und Vernachlässigung immate-rieller sozialer Ziele, wie eingangs kritisiert), möchte Clapham seinen Beitrag eher als grundsätzliche Überlegung zu der Frage verstanden wissen, welche ökonomischen und sozialen Wirkungen marktwirtschaft-liche Politik in Entwicklungsländern unter optimalen Bedingungen haben könnte.

Hans-Peter Nissen konzentriert sich in seinem spezifizierenden Kor-referat auf eine dieser Wirkungen, auf die Einkommensverteilung in Entwicklungsländern, die von absoluter Armut und relativem Reich-tum zugleich charakterisiert ist. Wegen des starken Einflusses der Welt-märkte auf die internen Märkte der Entwicklungsländer könne die Einkommensverteilung nur unter Einbeziehung der weltwirtschaftlichen Verflechtung betrachtet werden. Nissen versucht daher, empirisch ge-haltvolle Antworten auf drei spezielle Fragen zu geben: Werden die Entwicklungsländer tatsächlich ärmer im Vergleich zu den Industrie-ländern? Werden die reichen Bevölkerungsgruppen innerhalb der Ent-wicklungsländer reicher und die armen ärmer? Wie wirken sich die ökonomischen Aktivitäten der multinationalen bzw. transnationalen Unternehmen auf die Einkommensverteilung in Entwicklungsländern aus? Diese letztere Frage wird im folgenden Beitrag aufgegriffen und in anderer Weise thematisiert: Im Kontext unvollkommener Märkte auf Weltebene und der Ebene des einzelnen Entwicklungslandes operieren transnationale Konzerne und verstärken durch ihre Aktivitäten die Unvollkommenheiten dieser Märkte. *Karl Wohlmuth* fragt, ob unter Berücksichtigung dieser Marktgegebenheiten Clapham's Einschätzung der grundsätzlichen Realisierungschancen einer marktwirtschaftlichen Entwicklungskonzeption zutreffend sei.

Die Diskussion zum Thema Kontrolle der transnationalen Konzerne spiegelt in exemplarischer Weise die konträren Auffassungen über die Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems in Entwick-lungsländern. Wohlmuth gibt zunächst einen Überblick über den Stand dieser Diskussion, beschreibt die ordnungspolitischen Positionen, die eine

Kontrolle der transnationalen Konzerne ganz oder weitgehend ablehnen, aber eine Verbesserung der weltweiten marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Voraussetzung effizienter Märkte ansehen und analysiert dann jene ordnungspolitischen Positionen, die bei der Kontrolle privater Marktmacht und bei der Eingrenzung der Bereiche offensichtlichen Marktversagens ansetzen — von der Forderung nach einem international zu verankernden Code of Conduct bis zu alternativen Entwicklungsstrategien. Wohlmut sieht die langjährige Diskussion des Themas als im wesentlichen gescheitert an, was zum Teil auf wenig überprüfte bzw. widersprüchliche Annahmen zurückzuführen sei. Der scheinbaren Solidarität der Entwicklungsländer, wie sie in vielen Dokumenten zur neuen Weltwirtschaftsordnung und in internationalen Verhandlungen zum Ausdruck kommt, stehen in der Realität konträre Entwicklungskonzeptionen der Entwicklungsländer gegenüber, die auch in Zukunft einen effektiven Konsens über einen Code of Conduct in bezug auf transnationale Konzerne nicht erwarten lassen. Ein Indiz für das Schicksal anderer entwicklungspolitischer Empfehlungen?

Rolf Schinke untersucht verschiedene Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Bericht) unter ordnungspolitischem Aspekt, insbesondere den „neuen Ansatz in der Entwicklungsfinanzierung“, der ein weltweites Transfersystem mit teilweise automatischer Mittelaufnahme vorsieht, um in verstärktem Umfang Programmhilfe für Entwicklungsländer bereitzustellen (Weltentwicklungsfonds). Das Fazit seiner Betrachtung ist ein ordnungspolitisches Urteil des „sowohl als auch“: Während er den Grundgedanken des Weltentwicklungsfonds (wirkungsvolles Transfersystem; automatische Mittelaufbringung) gutheißt, erscheinen ihm die Detailvorschläge (Verwendung der Mittel; neue bürokratische Institution) als problematisch.

Werner Lachmann überprüft diese Argumente in seinem Korreferat in einer speziellen Weise. Er greift die Unterscheidung einer weltweiten Umverteilung nach dem Leistungs- bzw. dem Bedürfnisprinzip auf und untersucht deren jeweilige Implikationen für die Art der Hilfe (Kredit oder Zuschuß) und deren Verwendung (Konsum oder Investition).

Die Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern, zwischen deren Menschen und Regierungen, sind mit einer Fülle von Problemen belastet. Die in dem vorliegenden Band behandelte Thematik betrifft nur einen Ausschnitt der erforderlichen Versuche um Problemlösungen. Ihre Darstellung und Behandlung ist in mancherlei Weise neu und innovativ. Die Hoffnung des Herausgebers besteht darin, daß dies auch von den Lesern so gesehen wird — und daß dieser Band einen positiven Beitrag zur allgemeinen entwicklungspolitischen Diskussion und damit auch zur Entschärfung des Nord-Süd-Konflikts lie-

fern möge. Den Teilnehmern dieser Tagung sei an dieser Stelle für ihr großes Engagement, für ihre Fairneß im Umgang miteinander und für ihre Lernbereitschaft gedankt, die in den hier abgedruckten Beiträgen ihren beredten Niederschlag gefunden haben.

Berlin und Bordesholm, im Juni 1982

Udo Ernst Simonis